

Reformplattform.

Sozialliberal in der SP Schweiz

Newsletter Nr. 2 / 2023

{ANREDE} {VORNAME} {NACHNAME}



Editorial

Landesverteidigung, Neutralität und allgemeiner Bürgerdienst im 21. Jahrhundert – unter diesem Titel stand der thematische Teil unserer diesjährigen Mitgliederversammlung. Mit dem Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, haben wir einen kompetenten Gastredner gewinnen können. Patrick Schnellmann geht in diesem Newsletter auf das Referat und das anschliessende Podium ein. Erich Fehr macht anschliessend einen Rückblick auf die Mitgliederversammlung.

Weitere Themen sind die Abstimmung zur OECD-Mindestbesteuerung, die laufende BVG-Revision und ja, auch das ist wieder aktuell – die anstehende Ersatzwahl in den Bundesrat nach dem Rücktritt von Alain Berset.

Barbara Nyffeler, Mitglied des Vorstandes



Landesverteidigung, Neutralität und allgemeiner Bürgerdienst im 21. Jahrhundert

An der Mitgliederversammlung vom 17. Juni 2023 hat der Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, ein Referat unter dem Titel «Landesverteidigung, Neutralität und allgemeiner Bürgerdienst im 21. Jahrhundert» gehalten. Er zeigte auf, an welchen vier globalen Kräften sich die Armee heute orientieren muss, um auf die kommenden Herausforderungen vorbereitet zu sein; es sind dies: Urbanisierung, Demografie, Klimawandel und vierte industrielle Revolution.

Der Chef der Armee vertrat er auf dem anschliessenden Podium die militärische Sichtweise, während die beiden Nationalrätinnen Priska Seiler Graf (SP) und Doris Fiala (FDP) die jeweiligen politischen Aspekte einbrachten. Folgende Themen wurden dabei angeschnitten:

- Neutralität und Zusammenarbeit: Die Neutralität als Grundsatz der Schweizer Aussenpolitik ist unbestritten und bedeutet Bündnisneutralität. So kann die Schweiz nicht Mitglied beispielsweise der Nato sein. Konsens bestand aber auch dahingehend, dass Kooperationen möglich sein müssen und auch aktiv gesucht werden dürfen. Neutral sein heisst nicht, dass die Schweiz keine Position beziehen darf. Im Konfliktfall wie aktuell beim Krieg in der Ukraine darf und muss die Schweiz Haltung zeigen.
- Armee, Zivildienst und allgemeiner Bürgerdienst: Aktuell werden Unterschriften gesammelt für die Volksinitiative Service Citoyen. Diese fordert, dass jede Person im Rahmen normaler Bürgerrechte und -pflichten einen Service Citoyen (Gemeinschaftsdienst) zugunsten der Allgemeinheit und Umwelt leistet. Dies nicht als Konkurrenz von Armee und Zivilschutz, sondern im Sinne einer Ergänzung. Die Forderung, wonach alle jungen Menschen in der Schweiz ein Engagement für die Gesellschaft leisten sollen, wird im Grundsatz unterstützt, die Diskussion ist wichtig und sollte in allen Landesteilen geführt werden. Die Umsetzung dieses Bürgerdienstes dürfte aber nicht ganz einfach sein, wird es doch darum gehen, sinnvolle Einsatzmöglichkeiten zu realisieren, ohne Konkurrenzierung der Wirtschaft und ohne Lohndumping.

Patrick Schnellmann, Mitglied des Vorstandes, Siebnen



Reformplattform in der SP Schweiz fokussiert sich thematisch

Die Reformplattform. Sozialliberal in der SP Schweiz hat am 17. Juni 2023 ihre zweite Mitgliederversammlung abgehalten.

Anlässlich der Mitgliederversammlung wurde mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass die Reformplattform letzten Herbst als Forum innerhalb der SP Schweiz anerkannt worden und nun formell in deren Strukturen integriert ist, insbesondere mit einem Sitz im Parteirat; eine Vertretung, welche durch die Vizepräsidentin und Nationalrätin Yvonne Feri wahrgenommen wird. Im Vorfeld der Behandlung des Europapapiers am Parteitag der SP Schweiz im vergangenen Oktober führte die Reformplattform einen Workshop mit den Mitgliedern durch; daraus resultierten vier Anträge von denen zwei eine Mehrheit am Parteitag fanden. Ebenfalls konnten innerhalb der Reformplattform Debattiermöglichkeiten für die Mitglieder geschaffen werden (eine Forderung anlässlich der Mitgliederversammlung 2022), welche inzwischen rege genutzt und weiter ausgebaut werden sollen.

Der Vorstand befasste sich im abgelaufenen Vereinsjahr intensiv mit der Frage, wie die sozialliberalen Haltung besser in der SP Schweiz eingebracht werden können, damit sie deren Positionsbezüge auch inhaltlich beeinflussen. Zu diesem Zweck sind drei thematische Schwerpunkte festgelegt worden: Landesverteidigung, Sozialversicherung und Wirtschaft, welche immer unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf Gesellschaft und Aussenpolitik beurteilt werden sollen. Die entsprechenden Strukturen befinden sich noch im Aufbau und sollen laufend verstärkt werden.

Alle bisherigen Vorstandsmitglieder wurden für ein weiteres Jahr in ihrem Amt bestätigt und neu Eva Crottogini aus St. Gallen zugewählt. Sie soll das bereits in Zürich erfolgreich installierte Format des «Stammtisches» in der Ostschweiz in geeigneter Form etablieren. Vorstandsmitglied Barbara Nyffeler gab nach zwei intensiven Jahren die Geschäftsführung ab und ihre Arbeit wurde entsprechend verdankt.

Erich Fehr, Präsident Reformplattform, Biel/Bienne

Nein-Parole zur OECD-Mindestbesteuerung?

Am 18. Juni 2023 haben die Stimmbürger:innen mit einer Zustimmung von 78% klar Ja gesagt zur Einführung der OECD-Mindestbesteuerung in der Schweiz. Damit wird auch ein altes Anliegen der SP – gleiche Steuern für alle Unternehmen in der Schweiz – eingelöst. Die SP hat am Parteitag vom Februar 2023 aber die Nein-Parole gefasst zu dieser Vorlage. Die Parteileitung hatte Stimmfreigabe beantragt. Die Argumente «dagegen» waren durchaus berechtigt. Wir hätten uns eine fairere Verteilung der Zusatzeinnahmen gewünscht. Nur: die Botschaft «Wir sind dafür, aber doch dagegen» war nicht verstanden worden. Auch in Städten, die links-grün dominiert sind, wurde die Vorlage klar angenommen, mit Mehrheiten zwischen 70% (Zürich) und 83% (Lausanne). Für uns stellt sich die Frage, wann und wo die SP die beschränkten Ressourcen gezielt einsetzen will. Eine Parole im Sinne von «Zeichen setzen» ist schnell gefasst, eine Abstimmung gewonnen ist schwieriger. Es bleibt zu hoffen, dass die Befürworter:innen des Steuerwettbewerbes unter den Kantonen das deutliche Ergebnisse nun nicht so umsetzen, dass für den Bund eine noch ungünstigere Lösung herauschaut. Aus Sicht der Reformplattform kann positiv gewürdigt werden, dass mit der Annahme der Vorlage nun Planungssicherheit besteht, was tendenziell die wirtschaftliche Entwicklung stimuliert.

Barbara Nyffeler, Mitglied des Vorstandes, Bern

Warum ich das Referendum gegen die BVG-Reform für falsch halte

Die vorgeschlagene Reform betrifft direkt nur das Obligatorium, also schätzungsweise 15% der Versicherten. Ziel der Reform war, erstens die Koordinationsbeträge so zu senken, dass Versicherte mit niedrigen Löhnen oder mehreren Teilzeitpensen - oft Frauen - in der 2. Säule versichert sind. Heute werden Löhne unter 25'725 Fr. pro Arbeitgeber nicht versichert. Zweitens sollen die strukturellen Defizite des Obligatoriums beseitigt werden. Bei den heute gültigen Beiträgen, Verzinsungen und Umwandlungssatz können sie (bei einer nominellen Verzinsung von 2% nach der Pensionierung) die Rente nur noch 18.5 Jahre lang zahlen, bei einer Restlebenserwartung von 20.5 Jahren nach 65. Die vorgeschlagene Reform löst beide Probleme.

Es ist ja auch ohne parlamentarische Debatte klar, dass wenn die Leute länger leben, sie entweder länger arbeiten oder mehr einzahlen oder mit weniger Rente auskommen müssen - oder eine Kombination von diesen Elementen. Dies kann als Primat der Mathematik über die Politik empfunden werden, aber wenn wir auf demokratischen Weg beschliessen, dass zwei und zwei fünf sind, nützt das auch nichts.

Nach der Reform zahlt man mehr ein. Da aber der Arbeitgeber auch mehr einzahlt - deshalb sagt der Gewerbeverband nein - und dadurch mehr verzinst wird, ist das angesparte Kapital deutlich höher. Die höheren Beitragszahlungen und der niedrigere Umwandlungssatz werden für niedrige Einkommen kompensiert - bis ca. 4000 bis 5000 Fr. fährt man besser, je nach Annahme über die Verzinsung - , für höhere Einkommen hingegen nicht.

Die Beitragssätze bleiben über das ganze Arbeitsleben - 40 bzw. neu 45 Jahre - summiert praktisch gleich (gut das fünffache eines Jahreslohnes), aber anders über die Jahre verteilt: im neuen System zahlt man am Anfang mehr und am Schluss weniger, was die Lohnkosten der älteren Arbeitnehmenden senkt und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Die Beiträge sind ab Alter 20 und nicht erst ab 25 geschuldet. Der Koordinationsabzug ist im Obligatorium generell niedriger, dadurch zahlt man mehr ein. Die älteren Versicherten haben zu wenig Zeit, um genügend zusätzliches Kapital aufzubauen, deshalb erhalten die letzten 15 Jahrgänge einen Rentenzuschlag. Dieser wird paritätisch durch je 0.5% AHV-Prozente wähen diesen 15 Jahren finanziert, also solidarisch.

Janos Blum, Mitglied des Vorstandes, Zürich

Bundesratswahlen im Dezember 2023

Der Rücktritt von Alain Berset aus dem Bundesrat kam überraschend und ich möchte ihm für seine langjährige Arbeit in der Landesregierung und speziell für seinen riesigen Einsatz während der Pandemie herzlich danken und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

Die SP muss unbedingt weiterhin mit zwei Personen im Bundesrat vertreten sein, um die sozialdemokratischen Werte und Anliegen zu verteidigen. Dies kann nur gelingen, wenn die SP bei den eidgenössischen Wahlen im kommenden Oktober ein gutes Resultat erreicht und eine wichtige Voraussetzung dafür ist wiederum ein grosse thematische Breite. Die SP darf insbesondere keine Wählerinnen und Wähler an die Mitte des politischen Spektrums verlieren. Die grösste Gefahr besteht hier aufgrund teilweise radikaler Positionen bei den Wirtschaftsthemen und in der Europapolitik. Hier kann mehr Reformplattform der SP nur gut tun und verschiedene für ein Bundesratsamt geeignete Personen sind Mitglied bei uns.

Wir bleiben am Ball; affaire à suivre!

Erich Fehr, Präsident Reformplattform, Biel/Bienne

info@reform-sp.ch

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.